

amnesty international

Simbabwe : Zwischen Fels und Abgrund - Menschenrechtsverteidigerinnen bedroht

Zusammenfassung

Die Menschenrechtslage in Simbabwe hat sich seit dem Jahr 2000 dramatisch verschlechtert. Die Menschenrechtsverletzungen gehen einher mit einer schnellen Schrumpfung der Wirtschaft, die zudem noch durch das Handeln der Regierung beschleunigt wird. Diese Politik, vor allem die im Jahr 2002 begonnene Landreform und die Vertreibungen des Jahres 2005, haben viele Frauen in tiefe Armut gestoßen. Die Zwangsvertreibungen haben nicht nur die Ärmsten aus ihren Häusern getrieben sondern auch von ihren Marktständen. Sie haben so den informellen Händlern den Lebensunterhalt genommen. Frauen sind davon besonders häufig betroffen, weil sie die Mehrheit der Händler auf den informellen Märkten stellen. Sie müssen darüber hinaus nicht nur für ihre eigenen Kinder sorgen sondern auch für Waisen deren Eltern Opfer von Aids wurden. Als Reaktion darauf haben sich simbabwische Frauen organisiert und fordern bei friedlichen Protesten den Schutz ihrer Rechte sowie der Gemeinschaften ein. Vor allem die Menschenrechtsverteidigerinnen fordern gleichen Zugang zu Nahrung, Gesundheitsfürsorge und Erziehung ihrer Kinder ein. Sie starten Kampagnen für die medizinische Behandlung von Personen mit HIV/Aids, sie wenden sich gegen die Regierungspolitik, die für die Nahrungsmittelknappheit verantwortlich ist und ihnen den Lebensunterhalt raubt. Statt sich den berechtigten Forderungen der Frauen anzunehmen, reagiert die Regierung von Simbabwe zunehmend intolerant auf Kritik an ihrer Politik. Seit 2005 sind hunderte von Menschenrechtsverteidigerinnen willkürlich festgenommen und rechtswidrig festgehalten worden, nur weil sie an friedlichen Protesten teilgenommen haben. Im Gewahrsam der Polizei wurden sie durch sexistische Verbalattacken gedemütigt, und es wurde ihnen der Zugang zu Nahrung, zu medizinischer Versorgung und zu ihren Anwälten verweigert. Einigen wurden brutal geschlagen. In manchen Fällen muss man von Folter sprechen. In ländlichen Gebieten haben Offizielle der Regierungspartei dafür gesorgt, dass Menschenrechtsverteidigerinnen von der Getreidevermarktungsbehörde die Zuteilung von Mais verweigert wurde als Strafe für ihre Kritik an der Regierung. Die Menschenrechtsverteidigerinnen in Simbabwe haben sich diesen wachsenden staatlichen Druck jedoch nicht gebeugt. Mit großer Flexibilität, mit Erfindungsreichtum und großer Tapferkeit haben sie ihren Kampf für die Menschenrechte fortgesetzt.

amnesty international betont, dass die internationale Gemeinschaft die Menschenrechtsverletzungen der Regierung von Simbabwe und ihrer staatlichen Bediensteten öffentlich verurteilen muss. Sie müssen Folter und Misshandlungen anprangern und die Respektierung der Menschenrechte (einschließlich des Rechts auf Nahrung) einfordern. Vor allem die Afrikanische Union (AU) und die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) sollten ihren Einfluss als wichtige regionale Akteure geltend machen, um ein klares, unmissverständliches Signal ihrer Missbilligung der staatlich motivierte Gewalt und anderen Verletzungen der Rechte von Menschenrechtsverteidigerinnen und deren männliche Pendanten an die Regierung von Simbabwe zu senden.

Die Regierung von Simbabwe sollte die positiven Aspekte der Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen, niedergelegt in der UN Erklärung für Menschenrechtsverteidiger, anerkennen und sollte ein Umfeld schaffen, das dazu beiträgt, dass Menschenrechtsverteidigerinnen ihrer Arbeit ohne Angst vor Verhaftungen und Diskriminierung nachgehen können.

Menschenrechtsverteidigerinnen sind eine wichtige Ressource für die Entwicklung des Landes. Sie spielen jetzt und in Zukunft eine Schlüsselrolle, die vielfachen menschenrechtlichen Herausforderungen des Landes anzugehen. Die Regierung darf die Menschenrechte der Frauen als Menschenrechtsverteidiger nicht weiter verletzen und muss jegliche Menschenrechtsverletzungen gegen sie verhindern, untersuchen und bestrafen.

Dieser Bericht beschreibt, wie Frauen in Simbabwe dazu gebracht werden, Menschenrechtsverteidigerinnen zu werden. Er macht spezifische Empfehlungen an die Adresse der Regierung von Simbabwe, an den südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki in seiner Funktion als Vermittler von Gesprächen zwischen der Regierung von Simbabwe und der Hauptoppositionspartei MDC (Movement for a Democratic Change – Bewegung für einen demokratischen Wandel). Er ruft auch die internationale Gemeinschaft auf, die Menschenrechtsverteidigerinnen in Simbabwe zu unterstützen.